

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3.60 M., monatlich 1.20 M., durch die Post vierteljährlich 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Pichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilkha, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 244

Bad Schandau, Montag, den 1. Dezember 1919

63. Jahrgang

Lebensmittel betr.

Dienstag, den 2. Dezember 1919:

Margarine — in allen Geschäften — nach Nährmittelkundensliste auf Lebensmittelmarke Nr. 2 und Fettmarke B 90 g. Preis M. 5.05 das Pfund.

Schandau, am 1. Dezember 1919.

Der Stadtrat.

Volksbücherei

im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr. Enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Fortsetzung des amtlichen Teils auf der 4. Seite.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer Denkschrift beleuchtet die Reichsregierung eingehend die widerrechtliche Haltung der Entente in der Scapa Flow-Frage.
- * Gegen den drohenden Ausverkauf Deutschlands kündigt die Reichsregierung neue scharfe Maßnahmen an.
- * Das Betriebsrätegesetz wurde vom Ausschuss in erster Lesung angenommen.
- * Der bayerische Landtag erhebt einmütigen Widerspruch gegen die Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen.
- * Der Mörder Saales, der Lederarbeiter Boh, wird als gemeingefährlich irrsinnig in einer Irrenanstalt dauernd interniert werden.
- * Die noch auf Malta befindlichen 1200 Deutschen sollen nunmehr auf einem italienischen Schiff nach Venedig gebracht und über den Brenner nach Deutschland beordert werden.
- * Der Oberste Rat beriet über die Verteilung der deutschen Flotte und des Saftmaterials, das für die in Scapa Flow verbliebenen Schiffe geliefert werden soll.
- * In das englische Unterhaus ist jetzt zum erstenmal eine Frau gewählt worden.

Der neue Krieg.

Soll man lachen, soll man weinen — der lettische Staat, den wir aus der Taufe gehoben, den wir mit kostbarem deutschem Blut gegen äußere wie gegen innere Feinde verteidigt, den wir mit opfervoller deutscher Kulturarbeit alle diese schweren Jahre hindurch am Leben erhalten haben, bis wir selbst an der Überlast der Aufgaben, den unsere Schultern auf sich luden, zusammenbrachen. Dieser Staat, der ungefähr so viele Einwohner zählt wie eine oder zwei Großberliner Vorstadtgemeinden, erklärt jetzt plötzlich dem Deutschen Reich den Krieg, jetzt, wo die unglücklichste Völkerverschickung aller Zeiten endlich äußerlich wenigstens zum Abschluss gebracht werden soll.

Wir erleben hier im Kleinen noch einmal, was uns im großen sozusagen vorher schon mit den Polen passiert war; nur daß diese den Ausbruch der deutschen Revolution dazu benutzten, die deutsche Hand von sich abzuschütteln und den offenen Übergang zur Entente zu vollziehen. Die Ketten dagegen haben noch im Frühjahr 1918 um deutsche Hilfe gegen ihre russischen Bedränger förmlich gebettelt. Als aber dann, nach dem Versailler Friedensschluß, die Engländer und Franzosen ins Land kamen, wollten sie von ihren Rettern in der Not „Unter den Linden“ nicht mehr gegrüßt sein und hätten sie am liebsten wie lästiges Gesindel über die Grenze gejagt. Die Dinge blieben, wie bekannt, den ganzen Sommer über in der Schwebe, bis schließlich sich im Herbst eine westrussische Armee auf russischem Boden bildete mit dem Ziel, das Bolschewikenloch in Rußland durch einen Vorstoß gegen Petersburg zu brechen. Ihr gliederten sich die Reste des deutschen Halbenheeres ein. Fahnenfluchterklärung und Auslösung aus dem Reichsverbande waren die Folge. Das militärische Unternehmen scheiterte an dem Dazwischentreten der britischen Kriegsschiffe, und das Ende war, daß die russischen und russisch gewordenen Truppen sich dem Befehl des zur Abwicklung des ganzen Baltikumunternehmens nach Mitau entsandten deutschen Generals v. Eberhardt unterstellten.

Daß General v. Eberhardt auf diesen Versuch, die traurige Angelegenheit zur Liquidation zu bringen, einging, wird jetzt von der lettischen Regierung als Kriegsgrund angegeben — unbekümmert darum, daß die an Ort und Stelle weilende Ententekommission ihn ausdrücklich zur Annahme des Schutzgeluches ermächtigt hatte. In Wahrheit haben wir es natürlich nur mit einem Vorwand zu tun. Was die Herren von Riga dazu antreibt, gerade noch in dem Augenblick, wo fast kein einziger deutscher Soldat mehr auf lettischem Boden steht, schnell mit einer Kriegserklärung auf den Plan zu treten, ist offensichtlich die Absicht, ihre Zustimmung

zur endgültigen Verlegung der baltischen Frage, soweit Deutschland dabei in Frage kommt, so teuer wie möglich zu verkaufen. Man kann auf diese Weise z. B. die Auslieferung des gesamten Eisenbahnmateriale, das wir in das Land hineingebeut haben und dessen Wert sich auf viele Hunderte von Millionen beläuft, verlangen, und ähnliche schöne Dinge mehr. Blut wird dieser Krieg nicht kosten, aber ein ansehnliches Stück des deutschen Volksvermögens wird ihm schon abermals zum Opfer fallen. Da ja, wir haben es mit edlen Nachbarn und Genossen zu tun, das ist schon richtig. Und, selbstverständlich, wird es auch in diesem Falle unter uns nicht an Leuten fehlen, welche die deutsche Regierung für das Geschehene verantwortlich machen werden. Das paßt lediglich zum Ganzen.

„Wie der Weltkrieg entstand.“

Die Darstellung Kautskys in seinem Buche. Eine Sonderbeilage des Rotterdamschen „Nieuw Courant“ veröffentlicht als Sonderbeilage die Übersetzung des von dem Sozialdemokraten Kautsky unter obigem Titel verfaßten Buches, dessen Darstellungen bisher noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich waren.

Das Attentat von Serajewo.

Der Verfasser kommt nach einleitenden Kapiteln auf den Fürstentum in Serajewo und die serbischen Verbindungen. Er sagt: In Kaiser Wilhelms II. Augen galt die serbische Regierung als Urheberin und Förderin des Monarchenmordes. Ohne jede Überlegung war der Kaiser nach dem Attentat derselben Ansicht wie Kaiser Franz Josef. In dem am 5. Juli 1914 seinen Verbindungen übermittelten Handschreiben äußerte er, das Bestreben der österreichischen Regierung müsse auf eine Verkleinerung Serbiens gerichtet sein und die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen werde bedroht, solange der Serb verbrecherischer Agitationen in Belgrad fortsetze. Kautsky gibt dann einen Bericht wieder, den Tschirsky am 30. Juni an den Reichskanzler richtete. Tschirsky sagt in dem Bericht, er habe bei ersten Deuten in Wien vielfach den Wunsch gefunden, mit den Serben gründlich abzurechnen. Wilhelm II. bemerkt dazu: „Best oder nie!“

Den angeblichen Kronrat in Potsdam

nennt Kautsky eine Verschwörung und schreibt, der Kaiser habe die Konferenz nach Empfang eines Handschreibens von Kaiser Franz Josef abgehalten. Teilnehmer waren Erzherzogin Erzvita, ein Kapitän Binter für die Admiralität, ein Vertreter des Kriegsministeriums und einer des Generalstabes. Es wurde beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen, und dementsprechend wurde vorgegangen. Freiherr von dem Büsche, auf dessen Darstellung sich Kautsky stützt, schließt mit der Bemerkung: „Quelle durchaus zuverlässig!“ Es war so, meint Kautsky, kein Kronrat, der am 5. Juli in Potsdam abgehalten wurde, wohl aber ein Kriegsrat, den man auch eine Verschwörung nennen könnte, mindestens gegen Serbien und Rußland. Mehrfach werden Äußerungen bezw. schriftliche Bemerkungen Kaiser Wilhelms angeführt, die den Willen zu einer Entscheidung gegen Serbien bekunden. Als berichtet wird, Graf Tiza fordere, man müsse gegen Serbien gentlemanlike vorgehen, macht Kaiser Wilhelm folgende Glosse: Gegenüber Würdern, und nach dem, was vorgefallen ist! Weiterhin behauptet Kautsky: „Die vorher geplante Nordlandsreise des Kaisers sollte Europa in Sicherheit wiegen. Am 7. Juli trat er keine Reise an, von der er erst am 27. zurückkehrte.“ Nach der Wiedergabe des Meinungsaustausches zwischen dem Zaren Nikolaus und Kaiser Wilhelm kommt das Buch auf die Charakteristik Englands.

Am 27. Juli wird aus den Äußerungen Grens gegenüber Lidnowsky klar, daß England in dem Kriege nicht abseits stehen würde; die britische Regierung wünsche nach wie vor, die bisherige Freundschaft mit uns zu pflegen, und sie wünsche, solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits stehen zu bleiben.“ Wilhelm bemerkt dazu: „Das heißt: wir sollen Österreich sitzen lassen. Urgemein und mephistophelisch, aber echt englisch.“ Dann fährt der Bericht Lidnowskys fort: Würden aber Frankreich und Deutschland hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere, und die britische Regierung würde unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen.“ Wilhelm bemerkt dazu: „Sind schon gefaßt“, eine Be-

merkung also, die die Überzeugung ausdrückt, daß England den Entschluß zur Kriegsbeteiligung längst gefaßt habe. Auch in den nächsten Tagen äußert sich der Kaiser sehr eräuzt über die englische Warnung, es bestehe für ihn kein Zweifel, England, Frankreich und Rußland haben sich verabredet, unter dem Vorwand des österreicher-serbischen Krieges gegen Deutschland einen Vernichtungskrieg zu führen. Er hält eine bittere Strafpredigt gegen England, das alle europäischen Staaten gegen Deutschland ausspielt. Die pharisäische Friedensheuchelei Englands müsse an den Wangen gestülpt werden, und die deutschen Agenten im Kaukasus, in der Türkei, Ägypten und Indien müßten die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verlogene gewissenlose Krämervolk zum Aufstand bringen. Wenn wir schon verbluten sollen, soll England wenigstens Indien verlorengeben.

Der letzte Teil ist der Mobilmachung in Deutschland gewidmet. Kautsky behauptet dabei u. a., es habe eine solche Kopflosigkeit geherrscht, daß folgendes Vorkommnis Tatsache geworden sei: Um 1 Uhr mittags am 1. August sei die Kriegserklärung nach Rußland gegangen. 10,30 Uhr abends, also über neun Stunden später, sei ein durch Bethmann Hollweg verfaßtes Telegramm des Kaisers an den Zaren zum Haupttelegraphenamt gegangen, worin nochmals Verhandlungen angebahnt werden und „Willy“, wie Wilhelm II., noch jetzt unterzeichnet, eine sofortige Klare und unmissverständliche Antwort fordere. „Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu vermeiden.“ Der deutsche Gesandte in Petersburg, Graf Bourfalès, glaubte, dieses Telegramm sei vom Tage vorher und habe sich verspätet. „In der Tat“, sagt Kautsky, „ist das Telegramm aber vom 1. August, abends 10 Uhr 45 Min. Die einzig richtige Erklärung fiel dem deutschen Botschafter natürlich nicht ein, und wenn sie ihm eingefallen wäre, hätte er sie verschwiegen, nämlich daß sein Kaiserlicher Herr mitamt keinen Ratgebern in Berlin den Kopf verloren hatte.“

Scapa Flow!

Anrufung des Saager Schiedsgerichts.

In einer ausführlichen Denkschrift der Reichsregierung zu der Besenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow wird zunächst nachgewiesen, daß die verschiedenen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, auf die sich die alliierten und assoziierten Regierungen zur Begründung ihrer Forderungen berufen haben, entweder den Fall überhaupt nicht treffen oder doch nicht die Auslegung zulassen, die ihnen von der Gegenseite gegeben worden ist. Dabei wird insbesondere hervorgehoben, daß mit dem im Waffenstillstand vereinbarten Internierung der deutschen Kriegsschiffe in keiner Weise über deren endgültiges Schicksal entschieden und daß die Verpflichtung der deutschen Regierung mit der fristgemäßen Entsendung der Schiffe nach dem Tirth of Forth erfüllt war.

Die Schuld der Entente.

Als abschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage wird in der Denkschrift dann aber die Tatsache hingestellt, daß die Verrentung der Schiffe nicht dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern dem Verhalten der alliierten und assoziierten Regierungen zur Last gelegt werden muß. Daß Admiral v. Reuter bei der Verrentung ohne Wissen und Willen der deutschen Seimatbehörden gehandelt hat, ist den gegnerischen Regierungen sofort nach dem Bekanntwerden des Vorfalles mitgeteilt worden und wird auch jetzt unbedingt aufrechterhalten. Andererseits wird festgestellt, daß die Kriegsschiffe im Widerspruch mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages und ohne Rücksicht auf die deutschen Proteste nicht in einem neutralen, sondern in einem britischen Hafen interniert worden sind. Die Gegner haben eine Internierung in den in Betracht kommenden neutralen, namentlich also in niederländischen oder skandinavischen Häfen überhaupt nicht versucht.

Vertragswidriges Verhalten.

Außerdem kommt aber das eigene Verschulden der

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr. Fernruf Nr. 99.

Gegner hinzu, deren vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Ursache der Versenkung geworden ist. Es kann unmöglich zugegeben werden, daß die Alliierten von Deutschland den Ersatz eines Schadens fordern, der auf ein vertragswidriges Verhalten der Alliierten zurückzuführen ist und gerade infolge dieses vertragswidrigen Verhaltens von Deutschland überhaupt nicht verhindert werden konnte.

Ablehnung jeder Schadenersatzpflicht.

Auf Grund dieser Ausführungen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Versenkung gefordert werden, von Rechts wegen als unbegründet zurückweisen muß. Mit der Darlegung dieses Rechtsstandpunktes schließt die Denkschrift indes nicht. Die deutsche Regierung betont vielmehr zum Schluß, daß es nicht ihren Absichten entspreche, wenn durch eine derartige Streitfrage das auch deutscherseits dringend gewünschte alsbaldige Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen Schiedshof in Haag zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Vorschlag geht im einzelnen dahin, daß das Schiedsgericht zunächst die Frage entscheiden soll, ob die deutsche Regierung für die Versenkung der Schiffe verantwortlich ist. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde das Schiedsgericht die weitere Frage zu entscheiden haben, welcher Schaden den alliierten und assoziierten Mächten durch die Versenkung erwachsen ist und wie dieser Schaden von Deutschland wiedergutmachen sein würde.

Gegen den Ausverkauf Deutschlands.

Exportzölle und Gefängnisstrafen.

Das Problem des Ausverkaufs beschäftigt, so wird halbamtlich geschrieben, die beteiligten Kreise schon seit langer Zeit, und wenn bis jetzt bestimmte Maßregeln noch nicht bekannt gegeben sind, so hängt das mit der Schwierigkeit der Materie zusammen. Eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand ist schon dadurch bewirkt worden, daß eine Ausfuhrkontrolle bereits funktioniert, am dem zugehörigen Export Einhalt zu tun. In der Frage der Exportzölle ist eine Entscheidung noch nicht gefallen; dagegen steht der Erlass einer Verordnung unmittelbar bevor, die die Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände mit Gefängnis bestraft. Die erste vorläufige Liste wird in kurzer Zeit veröffentlicht werden; sie enthält eine Anzahl sehr wichtiger Gebrauchsgüter, deren Ausfuhr dadurch unterlagert wird. Es ist anzunehmen, daß die Verschärfung der Strafe die zugehörige Ausfuhr in Zukunft lahmlegen wird. Weitere Maßregeln zur Verhinderung des Ausverkaufs stehen ebenfalls unmittelbar bevor.

Reichsrat und Steuervorlagen.

Die Einzelstaaten gegen Erzberger.

Bei der Beratung der neuen großen Steuervorlagen im Reichsrat hob der Berichterstatter der Ausschüsse hervor, daß sich die Ausschüsse bemüht hätten, für ihre Länder mehr herauszuschlagen. Auch verlangen die Ausschüsse, daß alle jetzt eingebrachten Bestimmungen nur bis zum 1. April 1923 gelten sollen, und dann eine Neuregelung stattfinden müsse. Finanzminister Erzberger erklärte die Beschlüsse der Ausschüsse für unannehmbar, worauf Preußen, Württemberg, Baden und Hamburg ihren Widerspruch fallen ließen. Bei der Generaldebatte erfolgte dann

eine Erklärung Preußens

durch den Ministerpräsidenten Birck, in der es heißt: „Die preußische Regierung stellt fest, daß die drei Steuervorlagen dem Reichsrat so spät von der Reichsregierung vorgelegt worden sind, daß eine auf gründlicher Prüfung beruhende Stellungnahme zu diesen in finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bedeutungsvollen Vorlagen nicht möglich war.“ Trotzdem stimmt Preußen zu, läßt aber weiter nachdrücklich erklären: „Die preußische Regierung erklärt aber ausdrücklich, daß sie in Zukunft bei derart wichtigen Vorlagen auf Beachtung der geschäftsmäßigen Fristen besteht, weil eine solche überstürzte Behandlung zur Ausschaltung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats und damit zur Ausschaltung des Einflusses der Landesregierungen auf die Gesetzgebung führen müßte.“ Es hagelte dann weitere Proteste von Bayern, das den Zusammenbruch ankündigte, von Baden, Hessen und Württemberg. Baden verlangt ferner die Genehmigung zur Erhebung von Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer.

Der höchste Steuertarif der Welt.

Finanzminister Erzberger hat dringend um Zurückziehung dieses Antrages. Wie könne er sonst seinen Tarif, den höchsten, den die Welt kenne, vor der Nationalversammlung verteidigen, wenn dazu noch Zuschläge erhoben werden sollen? Der Vertreter von Baden behauptete, seinen Antrag nicht zurückziehen zu können. Je nach dem Ausfall der Abstimmung müsse die badische Regierung ihre Zustimmung zu dem Gesetz verlangen. Der badische Antrag wurde gegen die Stimmen von Baden, Hessen und Bayern abgelehnt. In der Gesamtstimmung wurde das Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen.

Reform der Prozeßordnung.

Abkündigung der Titel.

In einer Besprechung mit Vertretern der Einzelstaaten hat sich Reichsjustizminister Schiffer eingehend über die geplante Reform der Prozeßordnung ausgesprochen. Mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes will man die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf Reichs-Markfreitigkeiten bis 1200 Mark, der Gewerbegerichte auf 200 Mark und der Kaufmannsgerichte auf 600 Mark erhöhen. So hofft man die Landgerichte, die in Arbeit geradezu erstickten, zu entlasten. Als Grundlage der Rechtsanwaltsgebühren plant man eine Staffelung.

Altersgrenze und Beförderung.

Vorausichtlich wird man bei dem Richterstande über 65 Jahre hinausgehen, da man gerade die Erfahrung des alten Richters für besonders wertvoll erachtet. Die Beförderung der Richter ist bisher verschiedenartig, aber durchweg unzureichend. Ein Mindestgehalt gilt als dringend erforderlich. Das erstrebenswerte Ziel ist: weniger Richter, aber bessere Bezahlung und hochwertigere Qualifikation. Die Anforderungen müssen unter allen Umständen hoch sein, mittlere Beamten müssen mit Richtergehältern betraut werden, um dadurch ihre Leistungsfähigkeit besser

auszumachen und sie arbeitsfreudiger zu machen. Jedenfalls kann man an eine Gehaltsregelung erst nach einer Herabsetzung der Zahl denken. Das Titelweien weist eine gewisse Unübersichtlichkeit auf. Nach Artikel 109 der Verfassung dürfen neue Titel nicht mehr verliehen werden. Die Einzelstaaten sind sich darüber einig, nur noch die vier Titel Amtsrichter, Landrichter, Oberlandesgerichtsrat und Reichsgerichtsrat bestehen zu lassen. Wahrscheinlich wird auch die Bezeichnung „Staatsanwalt“ und „Vortragender Rat“ fallen.

Ausbildung der künftigen Juristen.

Von besonderer Bedeutung für die richtige Ausführung der Rechtsbestimmungen ist die Vor- und Ausbildung der Juristen. Die Berechtigung der Referendare zur Vertretung von Rechtsanwälten soll von zwei auf anderthalb Jahre Vorbereitungszeit herabgesetzt werden. Nach dieser Frist kann der Landgerichtspräsident den einzelnen für fähig erklären. Als Vorbereitungszeit des Referendars plant Breußen eine Herabsetzung auf drei Jahre. Die Besprechungen haben ferner darüber Einigkeit ergeben, die Fragen zum juristischen Studium und zur ersten juristischen Prüfung, als gewissen formalen Abschluß, zuzufügen. Über die Frage des zweiten Examen wurde noch keine Klärung erzielt. Zur ersten juristischen Prüfung sollen auch Frauen zugelassen werden.

Internationale Währungsforgen.

Die Gefahren der Markentwertung für die übrigen Länder.

Die Welt, vor allen Dingen wohl unsere Feinde, haben recht lange die Entwertung der Mark als deutsche Sorge betrachtet und sich auf den Standpunkt gestellt, wenn Deutschland nicht in der Lage sei, sich in dieser Hinsicht selbst zu helfen, so läge für die anderen Staaten nicht der geringste Grund vor, es nach dieser Richtung hin zu unterstützen. Man kann noch nicht einmal sagen, daß diese Ansicht heute zu den Toten geworfen wäre. In Frankreich wenigstens gibt es trotz der Entwertung des Frank auf rund die Hälfte seines ursprünglichen Wertes auch heute noch, besonders unter den maßgebenden Politikern nur sehr wenige Leute, die sich der Tatsache bewusst sind, daß ein Zusammenbruch der deutschen Finanzen — und eine weitere Entwertung der Reichsmark müßte unweigerlich zu einem solchen führen — mit Sicherheit auch einen Zusammenbruch der französischen Staatsfinanzen nach sich ziehen müßte. Etwas weniger vereinzelt zeigen die englischen Kaufmannskreise ein besseres Verständnis dieser Sachlage, das sich allerdings gegenüber der Bier, den gelamten Handel von und nach Mitteleuropa in englische Hand zu zwingen, vorläufig nur in lugen Reden äußert; denn eine Forderung, wie die schwebende auf Auslieferung so ziemlich aller Schwimmdocks und Bagger schädigt natürlich in ihren Auswirkungen für die deutsche Volkswirtschaft den Wert der Reichsmark um das Vielfache dessen, was ihm die guten Nachrichten der englischen Fachpresse selbst bei ehrlicher Durchführung nützen könnten. Sogar in Amerika sind es eigentlich nur einige besonders scharfsichtige Finanzleute, die erkannt haben, daß, wie politisch so auch staatswirtschaftlich und finanziell das Schicksal der Welt tatsächlich an der Gesundheit Deutschlands hängt. Die Finanzleute Frank, Vandalin und Paul Warburg haben sich nach dieser Richtung hin deutlich genug ausgesprochen.

Hiemlich klar aber und weiter verbreitet ist die Erkenntnis der Gefahren für die Weltwirtschaft jetzt in den neutralen Staaten, besonders in Holland und der Schweiz. In diesem Lande hat bereits eine Anzahl kleinerer Banken und ähnlicher Firmen ihre Zahlungen einstellen oder Stundungen nachsuchen müssen, weil sie an ihren Geschäften mit deutschen Firmen, den heutigen Kursen nach, oft das Vielfache ihres Geschäftskapitals verloren hätten. Außerdem spüren diese Staaten natürlich die Anregung für die Ausfuhr, die der schlechte Stand der Mark heute für Deutschland bietet, aus erster Hand. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß das Schicksal besonders der schweizerischen und der französischen Volkswirtschaft auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal der deutschen verbunden sind und daß auch die Volkswirtschaften der anderen Staaten durch einen Zusammenbruch in Deutschland aufs schwerste geschädigt werden würden. Denn all die Vergleiche mit früheren Zeiten halten eben nicht Stich, aus denen man schließen möchte, daß sich die Folgen eines deutschen Währungsbankrottes auf Deutschland oder auch nur auf Mitteleuropa würden einschränken lassen; in der napoleonischen Zeit, der einzigen einigermaßen vergleichbaren Zeitpaune, waren die Beziehungen von Land zu Land weitens weniger bedeutend und die durch derartige Ereignisse verhältnismäßig weniger zu beeinflussende Landwirtschaft war für die damaligen Staaten weitens bedeutender als heute; jetzt aber ist kein einziges ähnliches Ereignis mehr in Zeiten derartig weltweiter Kapitalzerstörungen gefallen, wie wir sie jetzt durchleben.

Eine Nachricht aus den letzten Tagen wirkt ein recht kennzeichnendes Schlaglicht auf die Angst, mit der etwas weiter Blickende den kommenden Tagen entgegensehen. Herr Wilson hat den Wunsch ausgesprochen, eine internationale Valuta- und Kreditkonferenz einberufen zu lassen. Man braucht den Präsidenten der Union keineswegs zu überschätzen, aber die Verhältnisse bringen es ganz naturgemäß mit sich, daß er in Washington etwas weiter sieht, als manche seiner europäischen Kollegen. Dagegen der Vorsitzende des Bundes-Reserveamtes und der Leiter des Schatzamtes sind angeblich gegen diesen Plan ausgesprochen haben, ist dieser deshalb noch keineswegs als begraben anzusehen. Man kann vielmehr mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß es in absehbarer Zeit zu einer solchen Konferenz kommen wird. Eine andere Frage allerdings ist es, ob das Heilmittel dem Leidenden nicht zu spät gereicht werden wird. Augenblicklich kostet z. B. amerikanische Baumwolle in Deutschland rund das hundertfache dessen, was vor dem Krieg bezahlt wurde, was natürlich nicht nur auf die Valutenverschiebung zurückzuführen ist. Das kennzeichnet die ungeheuerliche Preisumwälzung, in der wir uns befinden. Und die Dinge liegen eben so, daß Gegenmittel zu spät kommen müßten, wenn sie sich einmal allzu weit durchgeleitet hat.

Es hängt deshalb tatsächlich für uns Deutsche, aber auch für die anderen sehr viel davon ab, daß man in den Weltstaaten rechtzeitig wieder lernt, klar zu sehen und sich nicht vom Hass verblenden zu lassen. Daß auch in diesem Falle, wenn der Mantel fällt, der Herzog nach müßte, wäre ein magerer Trost für uns.

Leonhard Hagebuecher.

Gedenkt der hungernden Vögel!

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Franc (Fr.).

Börseplätze	29. 11.		28. 11.		27. 11.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G	1638 1/2	1641 1/2	1633 1/4	1636 1/2	1713 1/2	1716 1/4
Kopenhagen Kr.	859 1/4	859 3/4	859 1/4	870 1/4	910 1/4	911 1/4
Stockholm Kr.	951 1/4	953 1/4	959 1/4	960 1/4	984 1/4	985 1/4
Christiania Kr.	929 1/4	930 1/4	944 1/4	945 1/4	969 1/4	970 1/4
Bern Fr.	780 1/2	785 1/2	794 1/2	795 1/2	829 1/2	830 1/2

Im Frieden kosten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 bänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Franc rund 80 Mark, von kleinen Kurschwankungen natürlich abgesehen.

* **Zusammenschluß der Eisenbahner.** Kürzlich fand in Würzburg eine Konferenz zwischen Vertretern des Deutschen Eisenbahnverbandes (430 000 Mitglieder) und des Deutschen Verkehrspersonalverbandes (85 000 Mitglieder) statt. Es wurde beschloffen, die Verschmelzung der beiden Verbände am 1. Juli 1920 vorzunehmen.

* **Streikbeilegung im Kreise Franzburg.** Zeitungs-nachrichten zufolge sollten im Kreise Franzburg neue Landarbeiterstreiks im Gange sein. Wie vom Landwirtschaftsministerium hierzu mitgeteilt wird, handelte es sich um insgesamt 17 Güter; die Arbeitseinstellungen sind aber durch den Landrat auf dem Wege persönlicher Verhandlung an Ort und Stelle sofort beigelegt worden. Als Streikursache ist die unberechtigte Entlassung eines Arbeits-schutzmittels und die Nichtbefolgung von Schieds-sprüchen der Einigungsstellen ermittelt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Der Staatsanwalt und der Fall Klarz.** Die Staatsanwaltschaft in Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Klarz eingeleitet. Das Verfahren wegen Auslieferung von Sonnenfeld aus Holland ist schon seit Anfang November im Gange.

+ **Polen und die obereschlesischen Wahlen.** In recht offener Worten verurteilt die polnisch-sozialistische „Gazeta Robotnicza“ die Annulierung der Wahlen in Oberschlesien. Das Blatt sagt es offen heraus, daß Polen erst dann, wenn es der Gnade würdig sein wird, als Belohnung Oberschlesien erhalten wird. Bis dahin wünscht die Entente der vollständige Herrscher in Oberschlesien zu sein und sie wird nur dann das polnische Volk zum Einfluß gelangen lassen, wenn es die Forderungen der Entente erfüllen wird. Die Entente würde am liebsten die Abstimmung bis zum letzten Augenblick verhindern. Solange wird die Entente Oberschlesien an der Angel halten, bis sie Polen gefügig gemacht haben wird. Die Politik der Entente ist kühle Berechnung. Im Grunde genommen ist es ja ganz gleichgültig, ob die Kommunalwahlen nach dem Grundsatze der Freiheit stattgefunden haben oder nicht.

+ **Protest Bayerns gegen die Zurückhaltung der Gefangenen.** Die Parteien des bayerischen Landtags ohne Unterschied erheben in einer alle politischen Gegenseite überbrückenden Einmütigkeit gegen die unerhörte Gefangenennote des französischen Ministerpräsidenten den lautesten Protest. Sie wenden sich an das Menschlichkeitsempfinden und an die Gerechtigkeitsgefühle der Völker aller Mächte, sie wenden sich an das Gewissen der gesamten, auf den Ruhmestitel der Zivilisation Anspruch erhebenden Welt.

+ **Das Verfahren vor dem Untersuchungsausschuß.** Nach einer offiziellen Erklärung wird eine Änderung des bisher angewandten Verfahrens des Untersuchungsausschusses ins Auge gefaßt. Namentlich die letzten Vernehmungen, in deren Verlaufe die Zeugen auftrat auf die ihnen vorgelegten präzisen Fragen präzise Antworten zu geben, lange Erklärungen verlesen, deren politische Tendenz unzweifelhaft, deren Zusammenhang mit dem engbegrenzten Tätigkeitsfeld des betreffenden Untersuchungsausschusses hingegen sehr fraglich war, haben den Beweis erbracht, daß es im Interesse der Feststellung der objektiven Wahrheit über die nichtausgenützten Friedensmöglichkeiten nicht angängig sei, die Verhandlungen in der bisherigen Weise fortzuführen. Künftig sollen die Vernehmungen sich auf ein reines Verhör der Zeugen beschränken, also auf Fragen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses und auf die Antworten der Zeugen auf die betreffenden Fragen.

+ **Das Betriebsrätegesetz.** Der Betriebsräteauschuß der Nationalversammlung trat nochmals zu einer Sitzung zusammen, um die revidierten noch unerledigten Artikel über die Ein- und Ausstellung zu beraten. Für die Einstellung wurden Anträge in Vorlage gebracht, die besagen, daß hierfür zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber Richtlinien aufzustellen sind. Gegen diese Regelung wandten sich scharf Vertreter des Zentrums und der rechtsstehenden Parteien. Schließlich wurde ein Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, welcher lautet: „Über die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrates zu entscheiden.“ Bezüglich der Ausstellung wurde ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien als Artikel 42 und 43 ohne Widerspruch angenommen. Nach Annahme von Änderungen verschiedener dem Betriebsrätegesetz entgegenstehender Gesetzesbestimmungen wurde die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet.

+ **Madenfens Heimkehr.** Wie aus Budapest telegraphiert wird, begibt sich Generalfeldmarschall von Madenfens, der in den nächsten Tagen aus Saloniki entlassen wird, über Budapest und Wien nach Deutschland zurück. Er dürfte in Budapest und Wien nur kurzen Aufenthalt nehmen.

Deutsch-Osterreich.

* **Abkehr von der Sozialisierungspolitik.** In der Nationalversammlung brachte der Staatssekretär für Verkehrsweien das neue Elektrizitätsgesetz ein und bemerkte dazu: Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte er schon jetzt betonen, daß die Vorlage im wesentlichen auf anderen Grundlagen aufgebaut sei, als jener Entwurf, der von der Sozialisierungskommission unter ihrem früheren Leiter im Frühjahr veröffentlicht worden sei, und der in verschiedenen Kreisen eine so lebhaft Beunruhigung hervorgerufen habe. Er fordere das Kapital auf, mitzuarbeiten

an der Elektrizitätswirtschaft. Die neue Vorlage bedeute die offizielle Ablehnung von der Sozialisierungspolitik.

Großbritannien.

Das erste weibliche Parlamentsmitglied. Bei der Erziehung in Plymouth, die durch die Erhebung des Viscount Astor zum Peer nötig geworden war, wurde Viscountess Astor, Mitglied der zur Koalition gehörenden Unionisten, gewählt. Sie ist die erste in das Unterhaus gewählte Frau. Die Gewählte ist amerikanischer Herkunft.

Aus In- und Ausland.

Saarbrücken. Die Bergarbeiter des Saargebietes sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten; sie haben dem französischen Grubenkontrolldienst ihre Forderungen unterbreitet.

Brüssel. Der neue belgische Senat setzt sich zusammen aus 59 Katholiken, 35 Liberalen, 25 Sozialisten und einem Mitgliede der Partei der nationalen Wiederaufrichtung.

Nah und Fern.

Hausankäufe durch Kriegsgewinnler. In Großberlin macht sich seit einiger Zeit ein starker Wechsel im Hausbesitz bemerkbar. Die Wirte suchen zu verkaufen, weil sie nicht mehr die alten Überläufe herauswirtschaften und aus den Streifigkeiten mit Mietern kaum mehr herauskommen, auch nicht mehr das Kündigungsrecht in unbeschränkter Form haben. Die Käufer gehören fast durchweg zu den Kriegsgewinnern, die aus dem Hausbesitz neue Gewinne herauszuschlagen wollen. Ihre erste Tätigkeit ist die Mietsteigerung, die noch fühlbarer ausfällt als bei den Vorbesitzern. Infolgedessen haben die Miet-einigungsämter verdoppelte Arbeit.

Frachtpuffer. In der Beförderung von Frachttgut tritt wiederum eine Sperre ein. Von Montag, den 1., bis einschließlich Sonnabend, den 6. Dezember, werden zur Beförderung als Frachttgut nur noch folgende Güter von den Güterabfertigungen zur Beförderung auf der Eisenbahn angenommen: Bekleidungs- und Beleuchtungsstoffe, Betriebsstoffe für Motoren, Brennstoffe, Düngemittel, Futtermittel, Heizöl, Lebensmittel und Genußmittel und Apothekerbedarf, Wagentecken sowie Verpackungen für alle diese Güter.

Was alles gestohlen wird. Einbrecher drangen in die Luftballonhalle des Berliner Vereins für die Luftschiffahrt in Schmaragdort ein und stahlen aus dieser drei Ballonhüllen, zwei Korbbäume und zwei andere Pläne im Gesamtwerte von 50 000 Mark. Aus dem Vorführungssaal eines U. L.-Schießplatzes stahlen Einbrecher mehrere Filme im Werte von 25 000 Mark.

Ein Zentner Silbergeld beschlagnahmt wurde auf dem Schleifischen Güterbahnhof in Berlin. Es war mit einem falschen Frachtbrief als „Konserven“ verpackt worden und sollte nach dem Auslande verschoben werden. Als Empfänger war der Berliner Vertreter einer württembergischen Metallwarenfabrik angegeben, der, als er vernommen wurde, erklärte, daß er weder den Absender kenne, noch von dem Inhalt der Sendung etwas wisse, also auch als Empfänger nicht in Betracht komme. Zweifellos ist aber der Name des Adressaten die einzige richtige Eintragung in dem Frachtbrief. In der Wohnung des Industrierepresenters fand die Kriminalpolizei auch noch weiteres Silbergeld.

Teuerung im besetzten Gebiet. Die Lebensmittelpreise steigen in Saarbrücken zu ungeahnter Höhe. Die Städte Saarbrücken, Saarlouis und Metz müssen Milchlieferungsverträge abschließen, nach denen sie 1,30 Mark für das Liter zahlen. Trotzdem ist die Belieferung noch unzulänglich, da die französischen Behörden die Einfuhr aus Lothringen verboten haben. Der Kartoffelpreis ist auf 40 Mark für den Zentner gestiegen, ein Ei kostet 2 Mark.

Phosphatlager in der bayerischen Oberpfalz. Schon im Jahre 1917 wurde durch den Geologen Rabner bei Amberg Phosphatvorkommen festgestellt. Wie der Frankfurter Kurier meldet, ist die Erschließung in Angriff genommen worden, die ein gutes Resultat zeitigte. Seit drei Wochen wurden einige hundert Tonnen Phosphorit veranbereitet gefördert; einige Tausend Tonnen sind als förderbereit festgestellt.

Der große Gobelindiebstahl im Entiner Schloß, dem Großherzog von Oldenburg gehörig, hat nun seine Aufklärung erhalten. Es handelte sich um drei französische Stücke, deren Wert etwa 250 000 Mark betragen dürfte. Die Diebe brachten die Gobelins nach Heidelberg, wo sie bei einem Händler 27 000 Mark erhielten. Dieser verkaufte sie für 78 000 Mark an einen Händler in Frankfurt a. M., wo sie entdeckt und beschlagnahmt wurden. Das Nähere wird die Untersuchung wohl noch ergeben.

Die größte Handelsmesse der Welt. Das englische Handelsamt organisiert gegenwärtig die größte Handelsmesse, die je im britischen Kaiserreich und wie man stolz hinzusetzt, „auf Erden“ veranstaltet wurde. Sie wird gleichzeitig in London, Glasgow und Birmingham stattfinden. Es werden nur englische Firmen zugelassen, wobei in jeder der drei Städte eine bestimmte Industriebranche ausstellt. In London wird die Messe im Kristallpalast stattfinden. Die Messe für Textilwaren, Schuhe, Nahrungsmittel und chemische Produkte wird in Glasgow abgehalten.

Aus Stadt und Land.

Merkblatt für den 2. Dezember.			
Sonnenaufgang	7 ⁵¹	Mondaufgang	12 ²⁷
Sonnenuntergang	3 ⁴⁸	Monduntergang	1 ⁰⁴
1805 Schlacht bei Austerlitz. — 1848 Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs von Österreich. — 1852 Proklamierung Napoleons III. zum Kaiser der Franzosen.			

Wettervorhersage.

Wind wechselnd, zeitweise heiter, keine erheblichen Niederschläge, wärmer.

Strafverschärfung bei Schwarzschlachtungen usw. Die Landesjustizstelle weist hiermit auf die neue Verordnung des Reichsjustizministers vom 28. Oktober 1919 (RGBl. S. 1829) hin. Neben einer Verschärfung der bisherigen Strafbestimmungen des § 15 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (RGBl. S. 199) ist als § 15 a hauptsächlich folgendes verordnet: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer den auf Grund von § 6 Abs. 1 erlassenen Anordnungen oder den von den Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwider eine Schlachtung vornimmt oder vornehmen läßt. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ein-

gezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 für verfallen erklärt worden sind.“

Danach werden also alle vorschriftswidrigen Schlachtungen jeder Art außer mit Geldstrafe auch mit Gefängnis bestraft. Nach Artikel 2 der Verordnung ist diese Strafandrohung als § 18 a ausdrücklich auch auf nicht genehmigte Hauschlachtungen ausgedehnt worden. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch Beamte und Angestellte der Kommunalverbände sich nach dem neuen § 15 a strafbar machen, wenn sie über das festgesetzte Kontingent hinaus oder den bestehenden Anordnungen zuwider „Schlachtungen vornehmen oder vornehmen lassen“.

Hochschultagung in Dresden. Zur Beratung des Problems der Hochschulreform fanden sich in der Technischen Hochschule in Dresden die Vertreter der deutschen Technischen Hochschulen zusammen. In seiner Begrüßungsansprache betonte u. a. der Rektor der Dresdner Hochschule Dr. Krause, daß an den Grundlagen des Hochschulwesens nicht gerüttelt werden dürfe. Die Reform müsse sich auf sachliche Gesichtspunkte beschränken. Er forderte aber, daß den Studierenden der mathematisch-physikalischen, chemischen und biologischen Richtung die Möglichkeit gegeben werden müsse, an den deutschen Technischen Hochschulen eine vollständige Prüfung für das höhere Lehramt abzulegen und den Dokortitel der technischen Wissenschaften zu erlangen. Dr. v. Heydebroek-Darmstadt behandelte die Reform der Studienpläne. Er verlangte, daß die Hochschulen eine universelle Bildung zu übermitteln hätten. Der Gesamtumfang der Ingenieurarbeit in allen ihren Beziehungen, auch zum kulturellen und staatlichen Leben, müsse in der Hochschulbildung mit erfaßt werden. Dem stehe die veraltete Prüfungsordnung im Wege, die sich vielfach einseitig auf Fachausbildung festlege und die Entwicklung der Persönlichkeit hemme. Es müsse gelingen, den Studierenden unter Berücksichtigung des staatlichen Zwanges veralteter Prüfungsbestimmungen mehr Bewegungsfreiheit im Aufbau ihres Studiums und mehr Selbstverantwortlichkeit im Studium anzuverleihen. Dazu sei die Mitarbeit der Studenten selbst sehr erwünscht. In einer von hoher Begeisterung getragenen Rede würdigte sodann Prof. Dr. Schenk-Breslau die ethischen Seiten der Hochschulreform und zeigte, wie die Hochschulen beschäftigt werden können und sollen, die Erziehung der Studenten zum allgemeinen Menschentum mehr und besser als bisher zu betreiben. Ein Karlsruher Studierender brachte sodann die Wünsche der Studentenschaft zur Hochschulreform zur Sprache. Er verlangte schärfste Kontrolle bei der Zulassung von Ausländern zum Studium an den technischen Hochschulen Deutschlands. Unter allen Umständen müsse der höchste Grad der Bildung von ihnen gefordert werden. Er schloß daran eine Reihe von Forderungen rein sachlicher Natur. An die Vorträge schloß sich eine sehr ausgedehnte Aussprache an. (L. N. N.)

Krippen. Der Männergesangsverein „Sängerlust“ hat sich auch dieses Jahr wieder vor die Aufgabe einer Weihnachtsaufführung gestellt. An den Darbietungen wird schon emsig gearbeitet. Die Vortragsfolge ist in zwei Teilen gedacht. Sie weist außer einigen guten Männerchören verschiedene Vorträge gesunden Humors auf. Der erste Teil wird von einem Lustspiel „Ein netter Junge“ abgeschlossen, während den Schluß eine Weihnachtskomödie, „Des Hauses guter Engel“, bilden wird. Der rührige Verein, der auch in der Kriegszeit zu wiederholten Malen mit beglückenden Veranstaltungen vor die Öffentlichkeit trat und dabei allseitige Anerkennung fand, wird nunmehr mit den heimgekehrten Kriegsteilnehmern in seiner vollen Stärke etwas Besonderes leisten können. Das bekannte Theaterplättchen wird ebenfalls alles aufbieten, um die Besucher wiederum in jeder Weise zufriedenzustellen.

Papstdorf. Der landwirtschaftliche Verein Papstdorf und Umgebung hielt dieser Tage in der Sennerhütte zu Gohrisch einen Versammlungsabend ab, in dem Herr Heerkloß-Pirna über Kapitalflucht, das neue Gesetz und die zukünftigen Steuern sprach, wobei er den Landwirten gute Ratschläge gab und eine Mahnung an sie richtete, sich in fester Einigkeit zusammenzuschließen. Im Hinblick auf die Pirnaer Tagung erfolgten Aussprachen und Beschlüsse, in denen Stellung genommen wurde zu den dort aufgestellten Resolutionen.

Hohnstein. Der Stadtminderat beschloß die Errichtung eines Kriegerdenkmals. Es ist vom Architekt Randler in Klossche entworfen und vom Landesauschuß für Kriegervereinigungen begutachtet worden. Das Denkmal soll an das Rundteufel am Rohrenweg zu stehen kommen. Es besteht aus einer in die Berglehne eingebauten Sandsteinmauer mit einem vorkragenden 120 Ztm. hohen Steinkreuz, das ein Säbel ziert. Zu beiden Seiten des Kreuzes wird je eine Schriftplatte mit Schwertzeichen eingelassen, auf denen die Namen, Geburts- und Todestag der im Weltkrieg Gefallenen eingezeichnet werden. Der mit Bäumen versehene Platz erhält noch einige Bänke und soll so erweitert werden, daß dort die Veranstaltung von Feiern möglich ist. — Fleischermeister Rich. Diebsch legte vor der Pirnaer Meisterprüfungskommission die Meisterprüfung für das Fleischergewerbe ab. G.

Dresden. Töblich verunglückt ist auf dem Bahnhof Köpfchenbroda der Gastwirt Michael aus Dresden, der mit einem Hunde auf einen in der Abfahrt begriffenen Eisenbahnzug springen wollte und dabei unter die Räder des fahrenden Zuges geriet, wodurch ihm beide Beine abgefahren wurden. Sein Tod trat alsbald infolge des starken Blutverlustes ein.

Dresden. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Dresden wegen der Durchführung der Einheitschule. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte, daß die Durchmischung der Volksschule unter Befestigung der bisherigen Zweiteilung in Bürger- und Bezirksschulen sofort vorgenommen werden soll. Das Schulamt leitete auf Anregung des Stadtrats vorerst eine Abstimmung der Elternschaft ein. Gegen diese Abstimmung wandten sich sonderbarerweise in den heftigsten Ausführungen gerade die Vertreter der Sozialdemokratie und der Demokraten. Es kam zu stürmischen Auftritten, wobei u. a. auch der Rücktritt des Schuldezernenten Dr. Matthes gefordert wurde. Daß dabei der bekannte Führer der Unabhängigen, der Stadtverordnete Menke, der ja auch in der Sächsischen Volkskammer sich in dieser Richtung hervortrat, besonders durch seine Zwischenrufe auffiel, kann nicht sonderlich ver-

wundern. Schließlich wurde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen und ein weiterer Antrag, der sofortige Einstellung der bereits eingeleiteten Abstimmung verlangt.

Leipzig. Innerhalb von zwei Tagen sind hier nicht weniger als vier Gasvergiftungsfälle vorgekommen, davon einer mit tödlichem Ausgang. In fast allen Fällen konnte festgestellt werden, daß nach Verlöschten der Gaslampen infolge der Gasperre die Röhre nicht zugebrocht worden waren.

Leipzig. Die Verstadtkung der Großen Leipziger Straßenbahn ist nunmehr endgültig vollzogen worden. Zur Deckung der an die Gesellschaft zu zahlenden Entschädigung von 20,4 Millionen M. und zur Beschaffung eines vorläufigen Betriebskapitals wurde die Ausgabe einer 4 1/2 proz. Anleihe in der Höhe von 25 Millionen M. beschlossen.

Zwickau. Die Stadtverordneten bewilligten gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen die einmalige Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Beamten und Arbeiter nach den staatlichen Sätzen. Die Kosten von 130 000 M. sollen zur Hälfte auf Anleihe genommen werden, zur anderen Hälfte durch einen besonderen Steuertermin auf die Einkommen über 5300 M. aufgebracht werden. Der Stadtkapelle wurde die jährliche Beihilfe von 23 500 auf 40 000 M. erhöht und für ein Ehrendenkmal für die Gefallenen auf dem Hauptfriedhofe ein Betrag von 20 000 M. bewilligt. (Dr. A.)

Chemnitz. Die städtischen Kollegien bewilligten weitere 250 000 M. aus Kriegskriegsmitteln zur Beschaffung von Wohnungsgelegenheit. Weiter wurde dem Ratsvorschlag über die Erhöhung der Gemeindesteuern für das 1. Vierteljahr 1920 zugestimmt. Die Erhöhung für die bürgerliche Gemeinde beträgt rund 1 134 000 M.

Oberwiesenthal. Im nahen Grenzörschen Böhmisches Hammer wurde abermals ein junger Mann aus Schmiedeberg, der sich auf dem Heimwege befand, im Bergner Wald von tschechischen Grenzsoldaten erschossen, obwohl er nichts bei sich führte und schon weit von der sächsischen Grenze entfernt war.

Die Kehle durchschnitten hat sich in ihrer Wohnung in Warningsdorf eine 20jährige Ingenieursfrau, nachdem sie vorher auch den Gashahn geöffnet hatte. Die Unglückliche war hochgradig nervös. — In Niedergrund stürzte ein in den 60er Jahren stehender Gelegenheitsarbeiter so unglücklich vom Heuboden, daß er das Genick brach und sofort tot war. — Eine für die Leptziger Garnison bestimmte Sendung von einigen Waggons Kartoffeln ist von einem Leutnant, der die Kartoffeln für 130 000 Kronen verkaufte und mit dem Gelde nach Sachsen floh, gestohlen worden. — In Launka bei Rauditz hat die 25jährige Tochter eines Landwirts vor einem Monat ihren Vater ermordet und die Leiche in einer Mehlkiste auf dem Boden verpackt, wo sie jetzt aufgefunden wurde. Das Mädchen war nach der Tat mit 600 Kronen, die sie dem Vater gestohlen hatte, geflohen, konnte aber jetzt bei Wegstädtel verhaftet werden. — Die Bergarbeiter des Pilsener-Mieser Kohlenreviers beschloßen, bis Ende Januar 1920 eine Sonntagschicht einzulegen.

Aus dem böhmischen Erzgebirge. Die Verhältnisse in diesem Gebiet sind trostlos. Keine Kartoffeln, kein Brotmehl, schließlich doch ein halbes Brot für die Woche! Kein Wunder nimmt es aber, daß trotzdem die tschechischen Konsumvereine über eine Fülle von Lebensmitteln verfügen, die sie zweifellos unter den Augen der tschechischen Regierung bezogen haben. So konnten sich in der vergangenen Woche Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Partei davon überzeugen, daß im tschechischen Konsumverein Bergesgrün bei Oberleutensdorf ohne Marken verkauft wurden: dunkles Mehl 8—10 Kg. für den Haushalt für 80 Heller das Kg., geräucherter Speck zu 24 Kronen das Kg., Kriegsfleisch, 5—6 Stück Kerzen und Kartoffeln in jeder Menge zu 46 Heller per Kg. — Während also die deutschen Gebirgler am Verhungern sind, verfügen die Tschechen im gleichen Gebiete über Mengen von Nahrungsmitteln. Bezeichnend, daß das „Volksrecht“, Auffig, schreibt: „Lange wird sich das deutsche Volk solche Zustände nicht mehr gefallen lassen.“

Gablonz. Vor einiger Zeit ist hier ein Doppelraubmord verübt worden. Einer der Täter ist nunmehr in Prag von der Polizei verhaftet worden. Eine gewisse Marie Piska hatte bei Gericht eingestanden, daß die Tat von einem gewissen Slavaty, dann von einem Wenzel Gutar aus Muske bei Prag und einem Unbekannten verübt worden ist. Gutar wurde in den letzten Tagen in Prag verhaftet; er leugnete, konnte aber überführt werden, da man bei ihm ein Taschentuch fand, welches das Monogramm der Barbara Hübler trug.

Aus dem Gerichtssaal.

Schiebungen mit Eisenbahn- und Seeresgut werden jetzt fast täglich vor den Berliner Strafkammern abgeurteilt. So waren angeklagt die Güterbodenarbeiter Otto Dühring, Hannemann und Liebeck, ferner der Intendantur Müller, der Mechaniker Wiesbeck und die Frau Dühring. — Die ersten drei Angeklagten, die auf dem Charlottenburger Güterbahnhof beschäftigt waren, setzten sich durch Frachtbriefschäufung usw. in den Besitz von Gütern, die sie dann mit Hilfe der anderen Angeklagten unterbrachten. Das Urteil lautete gegen Dühring und Hannemann auf je drei Jahre Zuchthaus, gegen Müller auf ein Jahr Gefängnis, gegen Liebeck auf zehn Monate, gegen Wiesbeck auf sechs Monate und gegen Frau Dühring auf drei Monate Gefängnis. — Ähnliche Schiebungen mit Seeresgut führten den Reisenden August Salenski und den Gezeiten Paul Hartmann vor die Strafkammer. Obwohl beide Angeklagte bisher unbescholten sind, es sich aber um recht raffinierte Schwindelbeuten handelte, erkannte das Gericht gegen Salenski auf drei Jahre und gegen Hartmann auf zwei Jahre Gefängnis, bei sofortiger Verbannung.

S Furcht vor Einbrechern hat den Eisenbahnkassierer Fen in Lippenhauen zum Totschläger gemacht. Eine harmlose Frau aus Barmen, die sich verirrt hatte, geriet nachts in die Nähe der abseits gelegenen Säulegruppe, wo Fen wohnte. Er war des Glaubens, es handele sich um Einbrecher, gab nach vorherigen Schreien auf einem Wehrr mehrere Schüsse ab und traf dabei die unglückliche Frau tödlich, so daß sie alsbald verstarb. Wegen dieser Angelegenheit hatte sich Fen vor der Strafkammer in Kassel zu verantworten, und zwar war er wegen jahrlängiger Trunkenheit angeklagt. Sein Einmurf, daß es sich um berechtigte Notwehr oder höchstens um Überschreitung der Notwehr gehandelt habe, wurde indessen vom Gericht nicht anerkannt. Fen wurde vielmehr zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Nachstehende Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Infolge dieser Bekanntmachung treten nach § 5 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (RVO. S. 307 fig.) die in den Lieferungsverträgen der Reichsstelle für 1919 festgesetzten Preise mit Ausnahme der Zwiebelpreise wieder in Kraft. Auch solches abgeerntetes Gemüse, das nicht auf Grund von Lieferungsverträgen geliefert wird, darf nicht zu höheren Preisen vom Erzeuger abgesetzt werden. Hiernach gelten ab 1. Dezember folgende Erzeugerpreise und Aufbewahrungsvergütungen:

1. für Herbstweißkohl	4.— M. je Ztr.,
2. " Dauerweißkohl	6.— " " "
3. " Herbstrotkohl	7.50 " " "
4. " Dauerrotkohl	9.50 " " "
5. " Herbstwirsingkohl	7.— " " "
6. " Dauerwirsingkohl	9.— " " "
7. " Grünkohl	8.50 " " "
vom 1. Januar 1920 ab	10.— " " "
vom 1. Februar 1920 ab	12.— " " "
8. " rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der kleinen, runden Karotten	7.75 " " "
9. " gelbe Möhren	5.75 " " "
10. " weiße Möhren	3.75 " " "

Hat der Anbauer besondere Aufwendungen an Arbeit oder an Kosten für die Aufbewahrung gehabt (Einmieten, Einkellern und dergleichen), so erhält er als Vergütung

a) bei den zu 2, 4 und 6 genannten Gemüsearten vom 16. bis 31. Dezember 1919	0.50 M. je Ztr.,
später für jeden halben Monat mehr	0.25 " " "
b) bei den zu 8 bis 10 genannten Gemüsearten vom 1. Januar 1920 ab je Monat mehr	0.25 " " "

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Dresden, am 26. November 1919.

2850 V G 2
12961

Wirtschaftsministerium.
Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1919 über Preise für Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, rote Möhren und Karotten aller Art, gelbe und weiße Möhren (Reichsanzeiger 241 vom 21. Oktober 1919) wird mit Wirkung ab 1. Dezember 1919 aufgehoben. Die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1919 über Höchstpreise für Zwiebeln (Reichsanzeiger 241 vom 21. Oktober 1919) bleibt in Kraft. Berlin, den 24. November 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende: von Tilly.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsfleischstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 28. November 1919.

2753 a VLA III

Wirtschaftsministerium.
Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919.

Gemäß § 2 der heute vom Reichswirtschaftsminister vollzogenen neuen Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden beträgt vom 1. Dezember 1919 ab der Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu zahlen ist, sechs Zehntel des durchschnittlichen Mehrerlöses. Das bisherige Reichsdrittel fällt weg. Der Rest verbleibt dem Kommunalverband.

Die auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 23. September 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1714) von der Reichsfleischstelle erlassene Bekanntmachung vom 10. November 1919 wird daher für die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1919 einschließlich wie folgt geändert:

Der Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, beträgt vom 1. bis 14. Dezember 1919 einschließlich auf den Zentner Lebendgewicht bei

Rindern, ausgenommen Kälber	34,20 M.
Kälbern	63,— "
Schafen	36,— "
Pferden, einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel	21,60 "

An das Reich ist ein Anteil nicht mehr abzuführen. Berlin, den 26. November 1919.

Die Reichsfleischstelle.

Berwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende: v. Ostertag.

Kleinhandelshöchstpreise für Kandiszucker.

Für den Verkauf von Kandiszucker im Kleinhandel werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

für Kandis braun M. 1.24 für das Pfund
für Kandis weiß M. 1.26 für das Pfund.

Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 28. November 1919.

1211 VLA 1c

Wirtschaftsministerium.

Landeslebensmittelamt.

13028

Hermann Gärtner,

Rudolf Sendig-Strasse.

Damen-Mäntel

Röcke Blusen Kostüme

Knaben-Anzüge

Kleiderstoffe Samt Seidenstoffe

Geübte

Blumenarbeiterinnen

auf Schnittastern

werden zu hohen Löhnen sofort

gesucht.

Paul Stemm, Sebnitz i. Sa.,

Blumen- und Blätterfabrik.

Binderinnen

auf Beeren und Nüssen bei hohen

Löhnen nimmt noch an

Richard Bescke, Sebnitz i. Sa.

Süße 93B.

Inserate

für alle in- und ausländischen Zeitungen

beforgt zu Originalpreisen

Geschäftsstelle
der Sächs. Elbzeitung.

Photograph. Atelier

Wilhelm Fichtner,

Schandau, Poststr. 31.

Aufnahme täglich bei jeder Witterung. Tadellose Ausführung jeder

gewünschten Größe.

PELZ-

NEUHEITEN

in Mänteln und Kollern

in jeder Preislage.

Spez.: Skunks. Große Auswahl.

Zwangl. Beficht. Reelles Haus der

Branche. Modernisieren u. Repar.

Pelz-Haus

RICH. BULGE

vorm. Paul Köhler

— Gegr. 1864 — Fernruf 17731 —

Dresden, Landhausstr. 6

1 Eisenbahnzug

zu verkaufen

Prossen Nr. 26.

Für Ostern 1920 befähigter

Knabe als

Schiffleher-Lehrling

gesucht.

Wittagskost wird gewährt.

Verlag der

Sächsischen Elbzeitung.

Heirat!

Vermögende Heirat. f. Herren

u. Damen vermittelt sofort u. diskret.

„Concordia“ Berlin D. 43.

Verloren

gegangen ein grauer

Stimmer-Belzfragen

am Donnerstagabend auf dem

Wege von Rathmannsdorf

nach Bahnhof Wendischfähre

(Stufenweg). Gegen Belohnung

abzugeben bei

Wolff, Rathmannsdorf,

Billa „Frisia“.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, Bruders und Schwagers, des Herrn

Friedrich August Günther,

Veteran von 1866, 1870/71,

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, für reiche Blumen Spenden und für ehrendes Geleite unsern herzlichsten Dank. Insbesondere auch Dank Herrn Pastor Heinke für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Lehrer Jentsch mit seiner lieben Schulfugend für die erhebenden Gesänge und den Trägern des Militär-Vereins.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Sir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Prossen, den 1. Dezember 1919.

Zu unserer Hochzeit sind uns so überaus viele Beweise freudiger und freundlicher Teilnahme in Gestalt von mündlichen und schriftlichen Glückwünschen, von Blumen Spenden und anderen schönen Geschenken, sowie erhebenden Gesangsgaben zuteil geworden, daß wir, da es uns unmöglich ist, allen Freunden und Bekannten schnell einzeln zu danken, Gelegenheit nehmen, vorderhand auf diesem Wege unsern

herzlichsten Dank,

verbunden mit den besten Wünschen für das Wohl aller, die unser gedacht haben, auszusprechen.

Georg und Martel Germanus,

Berlin-Charlottenburg, Schillerstraße 113 II,

Baumeister Wilhelm Germanus, Leipzig,

Schuldirektor Mohrich u. Frau, Schandau.

Unsere heute stattgefundenen Vermählung zeigen wir hierdurch an.

Johannes Tschaepe
und Frau Alma geb. Köllig.

Wendischfähre, 1. Dezember 1919.

Für die anlässlich unserer Vermählung dargebrachten zahlreichen Geschenke und Glückwünsche danken herzlichst

Otto Mühlbach und Frau
Alma geb. Hänigsel.

Postwitz, den 30. November 1919.

Streng reell! Fell-Einkaufs-Zentrale. Streng reell!

Wenn Sie Felle

zu verkaufen haben, so lassen Sie sich nicht durch schreiende Reklame von der Konkurrenz beirren.

Wir zahlen die ordentlich höchsten Preise

für alle Art Felle.

Kaninfelle	Kilo bis	26.— M.	Hamster	St. b.	3.— M.
W. Hasenfelle	St.	8.— M.	Maulwürfe	"	2.— M.
Rehfelle	"	35.— M.	Schafwolle (ungev.)	"	30.— M.
Ziegenfelle	"	90.— M.	(gewasch.)	"	40.— M.
Füchsfelle	"	50.— M.	Kalbfelle	Kilo b.	24.— M.
Marder	"	350.— M.	Roßhäute	St.	275.— M.
Iltisfelle	"	300.— M.	Rindshäute	Kilo	18.— M.
	"	50.— M.	Schaffelle	St.	75.— M.

Alle anderen Felle kaufe u. zahle allerhöchste Tagespreise.

Reife Felle bitte gleich einzusenden. Das Geld folgt sofort nach Erhalt der Ware.

Einkaufs-Zentrale, Dresden-A.,

Brunauerstraße 22 I.

Bauhörzeln

größere Mengen laufend gesucht.

Angebote bei Lieferung frei Station Weißig oder unserer Ausschiffungsanlage in Müchritz sind zu richten an

Chemische Fabrik von Heyden A.-G.,

Radebeul-Dresden.

Tüchtige Blumenarbeiterinnen

für bessere Blüten mit und ohne Handvorrichtung, Vergiftungs- nicht und Binderei, finden dauernde Beschäftigung zu hohen Löhnen bei Schiller & Koch, Sebnitz i. Sa.

Ausgabe erfolgt in Wendischfähre, Bahnhofrestaurant, jeden Mittwoch, nachmittags 1—5 Uhr.